

## FPÖ fordert Reform der Mindestsicherung

Trotz der finanziellen Folgen für die Sozialsysteme durch die Massenzuwanderung ist auf Bundesebene bisher keine Reform der Mindestsicherung zustande gekommen. Daher fordert FPÖ-Landesobmann Reinhard Bösch nun eine eigenständige Lösung für Vorarlberg.

S. 13



# Linke Entrüstung über Hofer-Plakate

Letzte Plakatserie des FPÖ-Präsidentschaftskandidaten sorgt für Aufregung

S. 2/3



## Souveränität nicht für Brüssel oder CETA opfern!

HC Strache warnt zum Nationalfeiertag vor Aufgabe der Unabhängigkeit – S. 4/5

### PARLAMENT

#### Alibi-Aktionismus

Scharfe Kritik am sogenannten „Wirtschaftspaket“ der rot-schwarzen Koalition übte FPÖ-Wirtschaftssprecher Axel Kassegger. Es sei wieder nur „eine Alibi-Aktion“ von SPÖ und ÖVP, da diese nicht willens und fähig seien, echte Reformen anzugehen. S. 6

### AUSSENPOLITIK

#### Sie wollen nach Europa

Bei einem Lokalaugenschein im Libanon wurden dem freiheitlichen EU-Abgeordneten Harald Vilimsky die Warnungen der FPÖ bestätigt: Die syrischen Flüchtlinge drängen nach Europa, weil es in den Lagern im Libanon und Jordanien am Nötigsten fehlt. S. 8/9

### WIEN

#### Firmenvertreibung

Trotz Rekordarbeitslosigkeit findet ein renommierter Betrieb in Wien kein qualifiziertes Personal und wandert ab. Für FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus nur die konsequente Folge der „Unternehmensvertreibungspolitik“ der rot-grünen Stadtregierung. S. 11

### MEDIEN

#### Keine Unterwerfung

Der Privatsender „Servus TV“ trotzte der linken Meinungsschickeria zum Tabuthema Migrationsfolgen. Trotz Teilnehmerabsagen und einem „Shitstorm“ in den sozialen Netzen ließ er zu diesem brisanten Thema diskutieren – eben ohne linke Gäste. S. 14



AUS DER  
REDAKTION

Andreas Ruttinger  
andreas.ruttinger@fpoe.at

Wer sich links gibt, einem „permanenten antifaschistischen Abwehrkampf“ das Wort redet, hat in Österreich anscheinend Narrenfreiheit. Das weiß man bereits seit den folgenlosen Krawalldemos gegen den Wiener Akademikerball.

## Gott der Atheisten

Dieser Tage wurde das ein-drucksvoll bestätigt. Die linke Intelligenzija versuchte, eine TV-Diskussion zum Tabuthema Muslime und Gewalt abzuwürgen. Sie scheiterte am Mut des Senders, der – im Gegensatz zum ORF und so ziemlich allen Zeitungen – die Meinungsfreiheit nicht nur den selbsternannten Antifaschisten zugesteht.

Richtig wundersam wurde es dann mit der Inszenierung der Gottes-Verteidigung nach der FPÖ-Plakatpräsentation zur Bundespräsidentenwahl am 4. Dezember. Weil die FPÖ dabei den umgänglichen Gelöbniszusatz „So wahr mir Gott helfe“ benutzt, wird sie praktisch der Gotteslästerung beschuldigt.

Selbst der Agnostiker Alexander van der Bellen sah sich bemüht, zum Schutz religiöser Gefühle aufzurufen. Dabei finden sich unter seinen JüngerInnen nicht wenige, die unter dem Deckmantel der „Freiheit der Kunst“ in Sachen Religion vor nichts zurückschrecken.

Wie heißt es doch: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Deshalb rücken nun Agnostiker und Atheisten zur Verteidigung Gottes aus und reihen sich unter die sonst so verachteten „Kerzler-schlucker“ ein. – Da soll noch einer sagen, die FPÖ ist eine spaltende Kraft. Wer Gott und Atheisten zusammenbringt ...

# „So wahr mir Gott helfe“ er

Der Zusatz zur Gelöbnisformel auf der letzten Plakatserie der Freiheitlichen

**D**ie Freiheitlichen präsentierten vergangene Woche ihre letzte Plakatserie für Norbert Hofer zur Stichwahl um das Bundespräsidentenamt am 4. Dezember. Der häufig benutzte Zusatz zur Gelöbnisformel auf den Plakaten löst ausgerechnet bei den für ihre Gottesfurcht kaum bekannten Linken und Grünen einen Entrüstungssturm aus.

Die FPÖ hat am Freitag vergangener Woche die finale Plakat-kampagne für die Bundespräsi-dentschaftswahl am 4. Dezember präsentiert. Österreichweit werden zwei Sujets mit den Wahlsprüchen „In Eurem Sinne entscheiden“ und „Für Österreich mit Herz und Seele“ plakatiert. Auf beiden Plaka-ten steht aber auch der Zusatz „So wahr mir Gott helfe“.

Und an diesem hat sich ein hef-tiger Streit entzündet, bei dem sich neben evangelischen Kirchenver-tretern insbesondere Vertreter des links-grünen Meinungsspektrums hervortun, die ansonsten stets betonen, Agnostiker oder Atheisten zu sein.

### Missbrauch des Gottes-Begriffs?

„Die Verwendung des Zusatzes zur Gelöbnisformel des Amtseids ‚So wahr mir Gott helfe‘ ist alles andere als ein Missbrauch des Begriffes Gott. Genausowenig wie der Begriff Gott missbraucht wird, wenn jemand ‚Grüß Gott‘, ‚Gott sei Dank‘ oder ‚Um Gottes Willen‘ sagt“, betonte FPÖ-Wahlkampf-leiter Herbert Kickl und brachte seine Verwunderung über die Heerschar der plötzlichen linken Religions-verteidiger zum Ausdruck.

Norbert Hofer habe bereits in

der Vergangenheit auf entsprechen-de Fragen öffentlich zum Ausdruck gebracht, dass er diesen Zusatz be-wusst und aus innerster Überzeu-gung verwenden werde, so wie dies schon viele andere Persönlichkeiten bei der Annahme eines Amtes vor ihm getan hätten, fügte Kickl hinzu. Dass der Text jetzt auf einem Plakat zu lesen sei, sei daher inhaltlich gar nichts Neues, sondern unterstreiche lediglich die Bedeutung dieses Satzes für den FPÖ-Präsidenten-kandidaten in der Öffentlichkeit: „Die Menschen sollen wissen, dass das Norbert Hofer wichtig ist. Es ist ja schließlich eine Persönlichkeits-wahl, und die Wahl dieses Zusat-zes sagt weit mehr über eine Person aus als so manch andere Frage oder Spielerei, die in diesem Zusammen-hang in den Medien betrieben wurde und wird.“

### Präsident im Auftrag des Volkes

„Für mich heißt Bundespräsident sein, den Willen der Bevölkerung als politischen Auftrag ernst nehmen, den Willen der Bevölkerung zu schützen und ihm zum Durchbruch zu verhelfen“, erklärte Norbert Hofer zu der Botschaft der letzten Plakatserie zur „hoffentlich endgültig letzten“ Stichwahl am 4. Dezember.



FPÖ-Präsidenten-kandidat Norbert Hofer: Ich gehe meinen Namen nicht verstellen. Ich gehe meinen Namen nicht verstellen.

Im Gegensatz zu seinem Konkur-renten Alexander Van der Bellen sei Norbert Hofer der verlängerte Arm der Bevölkerung in der Poli-tik, fügte dem Kickl hinzu. Er er-innerte daran, dass der grüne Kan-didat, der sich nun zögerlich doch noch gegen CETA ausgesprochen habe, mit Hans-Peter Haselsteiner einen glühenden CETA- und TTIP-Befürworter als großzügigen finanziellen Unterstützer aufweise, der offensichtlich an seinen per-sönlichen Profit denke: „Van der Bellen, der noch immer einem ver-einigten Europa mit der Entschei-



**SPITZE FEDER** Der Ursprung der „Horror-Clown“-Epidemie

**IMPRESSUM** Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:  
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –  
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;  
Freiheitlicher Parlamentsklub,  
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Herbert Kickl  
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at  
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at  
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;  
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);  
Auslandsjahresbezug: € 73  
BIC: OPSKATWW  
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.  
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

# zürnt Linksgrüne

en löst eine scheinheilige Debatte aus



t Hofer zeigte sich unbeeindruckt von den jüngsten Angriffen: „Ich werde Weg weiter wie bisher, das ist für mich das Allerwichtigste.“

dungszentrale Brüssel nachhängt, wird vermutlich seine Schuld einlösen und letztlich CETA unterstützen müssen.“

## „Last-minute-Patriotismus“

Amüsiert zeigte sich Kickl über den „Last-minute-Patriotismus“ von Van der Bellen, den ihm seine Marketingleute umgehängt hätten: „Unser Bundespräsidentschaftskandidat Norbert Hofer – und das drückt der Begriff „Für Österreich mit Herz und Seele“ aus – steht für ehrlichen Patriotismus und Heimatliebe. Wir wollen eine Heimat, die

den österreichischen Charakter hat und auch weiterhin haben wird.“

Norbert Hofer sei bodenständig und ein bekennender Österreicher, betonte auch FPÖ-Obmann HC Strache in seiner Rede zum Nationalfeiertag: „Und weil er sich dabei nicht verstellen muss, wirkt er auch authentisch und kommt bei den Österreichern entsprechend gut an.“ Und er rief die Österreicher zur Teilnahme an der Wahl auf: „Umso wichtiger ist es, dass Sie alle am 4. Dezember wieder Ihre Stimme für Norbert Hofer abgeben. Darum bitte ich Sie von ganzem Herzen.“

## KURZ UND BÜNDIG



### Mehr Föderalismus in WKÖ

„Wenn Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl die Vereinigten Staaten von Europa propagiert, dann zeigt dies offensichtlich sein Wunschdenken, den Zentralismus der WKÖ vollends auf die EU zu übertragen. Das ist in jeder Hinsicht abzulehnen“, sagte FPÖ-Bundesrat und Industriesprecher Reinhard Pisec (Bild). Er fordert im Gegenteil mehr Föderalismus für die WKÖ. „Es ist höchste Zeit, dass sich etwas in der WKÖ tut, weil es offensichtlich ist, dass die Steuerbelastung in Österreich enorm gestiegen ist“, so Pisec.

### „Kanzler ohne Wahl“

Die Kritik von Kanzler Kern (Bild) an HC Straches Bürgerkriegswarnung sei nur ein Zeichen von politischer Blindheit. „Kern bleibt in in seinen Handlungen jeden Nachweis der Heimatliebe zu Österreich schuldig. Sein politischer Fokus liegt nach wie vor in Brüssel, bei den Herren Juncker, Schulz & Co., und nicht bei der eigenen Bevölkerung, sagte FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl. Das passe gut zu seinem Status als „Kanzler ohne Wahl“, dessen Liebingsort der Rockzipfel der deutschen Bundeskanzlerin sei.



### Aufwertung des Bundesheeres

Der freiheitliche Bundespräsidentschaftskandidat Norbert Hofer begrüßte die Idee von SPÖ-Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil, ein Bundesheer-Denkmal für die österreichischen Soldaten zu errichten. „Unsere Soldaten haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten Großartiges für unser Land geleistet, sei es bei friedenssichernden Missionen im Ausland oder bei Katastrophenfällen im eigenen Land. Daher verdienen sie es auch, für ihren Einsatz und ihre Leistungen für unsere Heimat Österreich an einem zentralen Gedenkort eine entsprechende Würdigung zu erfahren“, betonte Hofer.



## AUFSTEIGER



ORF-Reporterlegende **Friedrich Ortler**, der in seinem neuen Buch wegen der islamischen Masseneinwanderung eine düstere Zukunft für Europa heraufziehen sieht und vor dessen Zerfall durch drohende Parallelgesellschaften warnt.

## ABSTEIGER



Der Diakonie-Direktor **Michael Chalupka**, der sich gegen jede Gesetzesverschärfung zur islamischen Masseneinwanderung über das Asylrecht ausspricht, weil damit „die Grundrechte“ der Asylwerber ausgehebelt würden.



**BILD DER WOCHE** ÖVP-Obmanndebatte: Folgt auf die neuen Stühle für die ÖVP-Zentrale bald ein neuer Bundesparteiohmann?



# „Das Recht geht vom Volk aus!“

FPÖ-Parteichef HC Strache appelliert an die Österreicher, sich für dieses Recht einzusetzen

**I**n seiner Rede zum Nationalfeiertag warnte FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache vor der Aushöhlung nationalstaatlicher Souveränität. „Nur ein Staat, der wirklich souverän ist, kann seine Unabhängigkeit bewahren“, betonte HC Strache. Er rief die Österreicher auf, dieses höchste Gut der Freiheit nicht der EU oder CETA zu opfern.

„Das Recht geht vom Volk aus“ – So lautete das Motto der diesjährigen Rede zum Nationalfeiertag, die FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache am vergangenen Montag im Wiener Palais Epstein vor geladenen Gästen des Freiheitlichen Parlamentsklubs gehalten hat. Angelehnt war das Motto an Artikel 1 der Österreichischen Bundesverfassung, der da lautet: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“

## Bevormundung des Souveräns

„So manche Kritiker meinen sogar ironisch, das Recht gehe zwar vom Volk aus, kehre aber nie wieder zu ihm zurück“, knüpfte HC Strache einen Konnex zur aktuellen Debatte in Richtung des Übergehens und der Bevormundung der Bürger, die er als „bedenkliche Entwicklung“ bezeichnete.

Das geschehe sehr subtil, etwa über die alle Gesellschaftsbereiche umgreifende „politische Korrektheit“, unter deren Deckmantel

selbsternannte Moralwächter versuchten, Begriffe und Werte zu dämonisieren, um diese dann ächten zu können. „Das ist eine geistige Zensur, mit der wir Freiheitliche nie und nimmer einverstanden sein können, zumal sie jene Meinungsfreiheit schleichend aushöhlt, die in den bürgerlichen Revolutionen von 1848 von unseren Vorfahren blutig erkämpft worden ist“, betonte der FPÖ-Bundesparteiobmann.

Er erinnerte an den Staatsvertrag und den Beschluss der immerwährenden Neutralität im Jahr 1955, mit denen Österreich seine Freiheit und seine Souveränität zurückgewonnen hätte. Nur ein Staat, der wirklich souverän sei, könne seine Unabhängigkeit bewahren und neutral bleiben, betonte HC Strache: „Beide aber laufen Gefahr, sukzessive ausgehöhlt zu werden durch das verantwortungslose und leichtfertige Handeln der rot-schwarzen Stillstandskoalition. Dem können und werden wir Freiheitlichen nicht tatenlos zusehen!“

## Gegen die eigenen Bürger

Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die „geradezu kriminelle Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel“, die nicht ohne Einfluss auf Österreich gewesen sei und – gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit – einen ungebremsen Zustrom von Millionen Menschen aus einem fremden Kulturkreis ermöglicht

und damit ganz Europa in Geiselschaft genommen habe.

Aber auch die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA, die gegen eine überwältigende Mehrheit der Österreicher durchgepeitscht werden sollen, bezeichnete er als Missachtung der Souveränität der Mitgliedsstaaten durch die Brüsseler EU-Spitze: „Die Europäische Union erweist



Der Freiheitliche Parlamentsklub lud zur Rede seines Klubobmanns zum Nationalfeiertag im Wiener Palais Epstein war bis auf den letzten Platz gefüllt.

sich einmal mehr als Handlangerin von Konzerninteressen und als Spielball einer abgehobenen Elite, die einsame Entscheidungen trifft – über die Köpfe der Bürger hinweg.

### Diffamierungen gegen FPÖ

Wer diese Kritik als freiheitlichen Wunsch nach einem EU-Austritt Österreichs, einem „Öxit“, interpretiere, liege völlig falsch. „Schon unser Bundespräsidentenwahlkandidat Norbert Hofer hat unmissverständlich klargestellt, dass ein Austritt aus der Europäischen Union von uns Freiheitlichen nicht angestrebt wird. Kritik aber muss erlaubt sein“, erklärte der FPÖ-Bundesparteiohmann. Daher dürften die Österreicher zu Recht verlangen, dass die österreichische Bundesregierung ihre Interessen innerhalb der EU bestmöglich vertreten sollte.

Das Motto des Treffens sei auch maßgeschneidert, um angesichts der unschönen Diffamierungen und Schmähungen gegen den freiheitlichen Kandidaten Norbert Hofer in Erinnerung zu rufen, dass der Bundespräsident das einzige direkt vom Volk gewählte Organ sei. „Das Volk braucht keine Belehrungen einer selbsternannten intellektuellen Elite und Schickeria, um eine kluge Entscheidung zu treffen“, betonte HC Strache.

Die sattsam bekannten Angriffe mit der Faschismuskeule gingen daher ins Leere. Aber sie bewiesen, so der FPÖ-Chef, dass gerade jene, die ständig von Demokratie und Toleranz reden würden, am wenigsten bereit seien, die Meinung anderer zu akzeptieren.

In seiner Rede thematisierte der FPÖ-Obmann auch den Konflikt mit der Türkei. Ein Beitritt Ankaras zur EU sei aus freiheitlicher Sicht undenkbar: „Die nationalen und religiös-kulturellen Bruchlinien sind oftmals unüberwindlich. Die Türkei ist weder kulturell noch geographisch ein Teil Europas und darf daher aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in die Europäische Union aufgenommen werden.“

### Das Sprachrohr der Menschen

Die FPÖ hätte schon lange vor diesen Entwicklungen gewarnt. Diese Probleme gäbe es nicht, wenn die politischen Regierungsträger Entscheidungen getroffen hätten, die dem Bürgerwillen entsprechen. Stattdessen versuchten die etablierte Politik und ihre „gekauften“ Medien, die Freiheitlichen mundtot zu machen. Daher würde die Politik der Freiheitlichen zu wenig über die Medien transportiert, weshalb von den Bürgern dann Vorwürfe an die FPÖ kämen, nichts gegen diese Entwicklung zu unternehmen. Seine Antwort darauf, so HC Strache, ganz einfach: „Wir sind einerseits in der Opposition und daher nicht in der Lage, unsere konstruktiven Ansinnen zum Wohle der Bevölkerung umzusetzen. Zum anderen müssen wir oft mitansehen, wie ein aus öffentlichen Steuergeldern und Zwangsgebühren finanzierter Staatsrundfunk Meinungsmache gegen uns betreibt.“

Dieser Meinungsmache arbeite die FPÖ aber mit ihren eigenen Medien, insbesondere in den sozialen Netzen, immer besser entgegen. So gut, dass man jetzt unter dem Schlagwort „Kampf den Hass-Postings“ diese zensurieren wolle.

„Wir Freiheitliche nehmen als einzige Partei die Sorgen der Österreicher ernst, nennen Missstände beim Namen und sind der Stachel im Fleisch der Mächtigen. Und das wird auch in Zukunft so sein“, versprach HC Strache. Ein Garant dafür sei auch Norbert Hofer, der als Bundespräsident „ein Schutzherr für die österreichische Bevölkerung“ sein werde, da es dann keine Mäuscheln hinter verschlossenen Türen mehr geben werde, sondern Offenheit und Transparenz. Er appellierte abschließend an die Österreicher: „Das Recht geht vom Volk aus. Aber nur so lange, wie das Volk von seinem Recht auch Gebrauch macht. Nehmen wir unsere Entscheidung selbstbestimmt in die Hand!“



Im Mittelpunkt des Journalisteninteresses: Das frischvermählte Paar, FPÖ-Bundesparteiohmann HC Strache und seine Philippa.



Erfahrung trifft aufstrebende Jungpolitikerin: Wiens FPÖ-Stadträtin Ursula Stenzel und Salzburgs Landesparteiohfrau Marlene Svazek.



Mit dabei auch die FPÖ-Obmänner Gernot Darmann (Kärnten) und Mario Kunasek (Steiermark – im Bild oben v.l.), sowie Niederösterreichs Walter Rosenkranz, der die Begrüßungsrede hielt (Bild unten).



ationalfeiertag ein, und der Saal im



HOHES HAUS

Norbert Nemeth  
Clubdirektor der FPÖ

Ein gewaltiges Medienecho zog die Rede unseres Klubobmannes zum Nationalfeiertag nach sich. Vor allem jener Teil, der sich auf die Verteidigung des christlich-abendländischen Erbes Europas bezog. Dazu passen die Kritiken, die unser Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer für seine neuen Plakate mit dem Wahlspruch „So wahr mir Gott helfe“ erntete.

Dabei beziehen sich die evangelischen Kirchenvertreter auf das zweite Gebot: „Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht missbrauchen.“

## Politik ohne Gott?

Worin soll der Missbrauch liegen, wenn ein Politiker gegen die Vertreibung des Christentums zu Gunsten einer unleugbaren Islamisierung das Wort erhebt?

Wie verhält es sich in diesem Zusammenhang mit dem ersten Gebot: „Ich bin der Herr, dein Gott; Du sollst keine anderen Götter neben mir haben?“

Warum ist den Kirchenvertretern der Atheist Van der Bellen näher als der bekennende Christ Hofer?

Mich erinnert die Debatte an diejenige um unsere „Nächstenliebe“-Plakate im letzten Nationalratswahlkampf. Damals schon zu Unrecht, zumal man bei Augustinus und Thomas von Aquin nachlesen kann: „Alle Menschen sind in gleicher Weise zu lieben. Da man aber nicht für jedermann sorgen kann, so muss man vornehmlich für jene Sorge tragen, die einem durch die Verhältnisse des Ortes, der Zeit oder irgendwelcher anderer Umstände gleichsam durch das Schicksal näher verbunden sind.“

Zu letzteren zählen insbesondere Familie und Staat. Und eben diesen sind unsere Politiker verpflichtet.

## JUSTIZPOLITIK

### Nur wenige Lauschangriffe

Die Verschiebung der Leitungsbefugnis des Ermittlungsverfahrens an die Staatsanwaltschaft hat auch acht Jahre nach Inkrafttreten der Strafprozessreform an dem maßvollen Umgang mit den besonderen Ermittlungsmaßnahmen nichts geändert. Zu diesem Ergebnis kommt der Bericht des Justizministeriums. Nur in fünf Fällen wurde ein großer Lausch- und Spähangriff, bei dem auch Wohnungen optisch oder akustisch überwacht werden, angeordnet.



## INNENPOLITIK

### Asylkosten verdreifacht

Laut dem vorliegenden Bericht der Bundesregierung zur Budgetplanung 2017 haben sich die Asylkosten gegenüber 2014 mehr als verdreifacht. Sie stiegen von 605,8 Millionen Euro 2014 auf mehr als 1,1 Milliarden Euro im Vorjahr und sind im heurigen Jahr 2016 auf rund 2,1 Milliarden Euro angewachsen.

# Wirtschaftspaket ist eine Alibiaktion der Koalition

FPÖ-Kassegger: „Österreich braucht ein Reformpaket der Zukunft!“

**FPÖ-Wirtschaftssprecher Axel Kassegger kritisiert „Alibi-Aktionismus“ der Koalition und fordert als „Mindestarbeitsnachweis“ die Abschaffung der kalten Progression.**

„Mit der altgewohnten Reform-Lethargie Marke ‚Rot-Schwarz‘ kann in Österreich weder das Wirtschaftswachstum angekurbelt noch die Arbeitslosigkeit gesenkt werden – dieses Paket ist eine reine Alibi-Aktion ohne große Wirkung“, kommentierte FPÖ-Wirtschaftssprecher Axel Kassegger das von SPÖ und ÖVP präsentierte Wirtschaftspaket.

### Kein Mut zu Reformen

Österreich brauche ein „Reformpaket der Zukunft“, das mutige



Kassegger wirft der Koalition Arbeitsverweigerung vor.

Schritte beinhaltet, etwa eine Senkung der Abgabenquote sowie der Staatsausgaben, einen Bürokratieabbau sowie eine Durchforstung des Förderdschungels, forder-

te Kassegger: „Da SPÖ und ÖVP dazu anscheinend nicht willens sind, sollten sie wenigstens die kalte Progression auf die Einkommen der Österreicher abschaffen.“

# Bildungspaket muss Praxistest bestehen

„Den Wert des Autonomiepakets, das SPÖ-Bildungsministerin Sonja Hammerschmid so euphorisch gelobt hat, wird man erst kennen,



FPÖ-NFZ

wenn tatsächlich Kleinstschulen in entlegenen Gegenden Schwierigkeiten haben, Lehrerstellen nachzubesetzen“, erklärte der freiheitliche Bildungssprecher Walter Rosenkranz (Bild) zu entsprechenden Aussagen der Ministerin in der sonntägigen ORF-„Pressestunde“. Hier müssten die mit viel Vor-schusslorbeeren bedachten Ideen Hammerschmid erst einmal den Praxistest in dem von SPÖ und ÖVP „verpolitisierten Schulsystem“ bestehen.

Es gebe jedoch einige Punkte, bei denen die SPÖ anscheinend die Sichtweise der FPÖ übernom-

men habe, bemerkte Rosenkranz. „Aber an der Mitbestimmung von Eltern, Lehrern und Schülern darf nicht gerüttelt werden“, warnte der FPÖ-Bildungssprecher und fügte hinzu, dass auch der Erhalt der Sonderschulen sowie der von Kleinstschulen und die Wahlfreiheit bei Ganztagschulen für die FPÖ „nicht verhandelbar“ seien.

„Ganztagschulen dürfen den Eltern nicht als ‚Zwangstagschulen‘ vorgesetzt werden, und die Sonderschulen müssten für jene Fälle erhalten bleiben, die nicht im Zuge der schulischen Inklusion lösbar sind“, betonte Rosenkranz.

# Zu viele Illegale, zu wenige Abschiebungen

Koalition verwirrt im Abschiebestreit jetzt mit Zahlen zu illegal aufhältigen Migranten

**D**ie Problematik, dass viele abgelehnte Asylwerber nicht abgeschoben werden können, ist längst bekannt. Jetzt ist in der rot-schwarzen Koalition ein Streit darüber ausgebrochen, wie viele dieser illegalen Migranten sich noch in Österreich aufhalten könnten.

In der rot-schwarzen Asyldebatte ist ein neuer Zahlenstreit ausgebrochen. Neben dem Geschacher zur „Asylwerberobergrenze“ gibt es jetzt Aufregung um die Anzahl der im Land aufhältigen abgelehnten Asylwerber, die nicht ausreisen wollen oder nicht abgeschoben werden können.

Weil mit den meisten Herkunftsländern Rücknahmeabkommen fehlen, könnten viele Migranten auch nach einem negativen Asylbescheid oft nicht abgeschoben werden, kritisierte SPÖ-Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil und ließ mit einer Einschätzung aufhorchen: „Aktuell ist es nicht wesentlich, ob jemand ins Asylverfahren kommt, weil wir unsere Entscheidungen bis zu einem hohen Grad - 80 bis

90 Prozent - nicht umsetzen.“ - Im Klartext: Praktisch alle abgelehnten Asylwerber bleiben im Land.

## „Freiwillige Ausreisen“

Dem widersprach ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka: In Österreich hielten sich derzeit 3.175 Personen auf, deren Asylanträge rechtskräftig abgelehnt wurden. Er fügte allerdings hinzu, dass dies nur die Zahl des heurigen Jahres sei. Den Rückstau aus den Vorjahren bezifferte der ÖVP-Innenminister nicht. Keine Aufklärung brachten auch die von Sobotka berichteten „Außer-Landes-Bringungen“, die seit 2014 deutlich gestiegen seien: Waren es (ohne Dublin-Fälle) im Jahr 2014 noch 4.639 Personen, so konnten heuer – bis einschließlich



Foto: Franz M. Heus

130.000 illegal Aufhältige wurden heuer aufgegriffen. Und dann?

September – bereits 6.196 Betroffene außer Landes gebracht werden, davon 4.515 freiwillige Rückkehrer und 1.681 Abschiebungen im engeren Sinn. Wohin die „freiwilligen Rückkehrer“ allerdings gereist sind, hat Sobotka nicht erklärt.

„Dieses Zahlengeplänkel ist der Offenbarungseid dafür, dass die Regierung in ihrer Asylpolitik völlig versagt hat und alles nur eine einzige Augenauswischerei ist“, erklärte dazu FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache.

[WWW.NORBERTHOFER.AT](http://WWW.NORBERTHOFER.AT)

**FÜR ÖSTERREICH  
MIT  
HERZ UND SEELE**

„SO WAHR MIR GOTT HELFE“  
**NORBERT HÖFER**  
BUNDESPRÄSIDENT



Harald Vilimsky

## Dunkle Seite der Zuwanderung

Kinderehen sind eines der dunklen Kapitel der Massenzuwanderung nach Europa. In Deutschland wurde in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage festgestellt, dass es per 31. Juli rund 1.500 registrierte Fälle gibt. Die Dunkelziffer dürfte wohl deutlich darüber liegen.

Die meisten dieser verheirateten Kinder – 80 Prozent davon Mädchen – stammen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Rund ein Viertel ist jünger als 14 Jahre. Das islamische Scharierecht erlaubt solche Ehen ohne Alters-

grenze, was ein Gericht im deutschen Bamberg im Frühjahr im Fall eines syrischen Paares zum Anlass nahm, eine derartige Ehe für gültig zu erklären. Man ist angesichts dessen einfach fassungslos, wie eigene Rechtsstandards leichtfertig geopfert werden.

Immerhin aber ist man selbst in Merkel-Deutschland nun soweit, über die Annullierung dieser Kinderehen zumindest zu diskutieren. Das wiederum nahm das Deutsche Institut für Menschenrechte, eine von deutschen Ministerien finanzierte NGO, nun zum Anlass, sich zugunsten der Zuwanderungs-Kinderehen in die Bresche zu werfen. Es sieht eine pauschale Unwirksamkeit als problematisch und empfiehlt, „jeden Einzelfall zu betrachten und jeweils individuell das Kindeswohl abzuwägen“. Auf die Idee, dass durch erzwungene Ehe – und damit wohl auch Sex – irgendwie für das „Kindeswohl“ gesorgt wird, kann wirklich nur eine deutsche NGO kommen.

## Athener Linksregierung verzögert Privatisierungen

Zur Sanierung seiner desolaten Staatsfinanzen wollte Griechenland 2009 den stillgelegten Athener Flughafen Hellenikon und den Containerterminal des Hafens in Piräus privatisieren. Für beide Objekte gab es sofort Interessenten, die Milliarden Euros dafür hinlegen wollten. Aber die Verhandlungen stehen still.

Beim Flughafen mauert das Kulturministerium, weil es Teile des Baugeländes zur „archäologischen Stätte“ erklärte. Dem Schifffahrts- und Logistikunternehmen China Ocean Shipping Company (Cosco), das 2009 beim Hafen Piräus (Bild) einstieg und kräftig investierte, wurde nach Verhandlungsabschluss zur gänzlichen Übernahme ein völlig veränderter Kaufvertrag zuungunsten des Unternehmens vorgelegt. Die Privatisierung des Gasnetzbetreibers Defa geriet ins Stocken, weil Athen nach der Vertragsunterzeichnung die Durchgangsgebühren erhöhte und damit den aserbaidschanischen Käufer vergaulte.

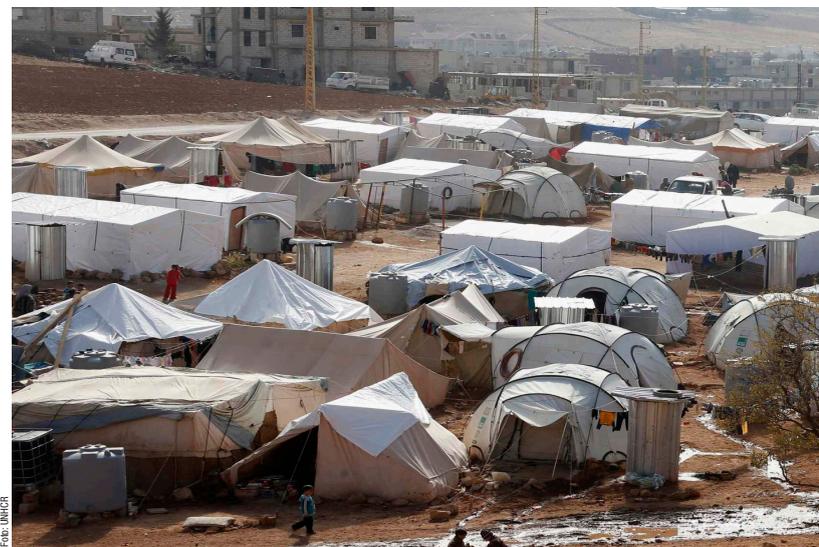
Angesichts dieser Entwicklungen ist die mit den EU-Kreditgebern vereinbarte Zielmarke von 50 Milliarden Euro aus dem Verkauf von Staatseigentum bis 2020 illusorisch geworden. Stergios Pitsiorlas, der Vorsitzende des Privatisierungsfonds Taiped, erklärte jüngst, dass dieses Ziel überzogen sei. Er rechnet bis Ende 2018 mit Verkaufserlösen von rund sechs Milliarden Euro. Pitsiorlas Rat an Brüssel: „Wir sollten uns nicht auf Zahlen versteifen.“



Athen verzögert Privatisierung.

# Wegen zu wenig H strömen Flüchtling

## FPÖ-Europaabgeordneter Harald Vilimsky auf Lok



Dem UNHCR fehlt das Geld für die adäquate Versorgung der syrischen Flüchtlinge in den Lagern, wie diesem im Libanon, nach Europa.

Seit dem Ausbruch des Krieges in Syrien ist der Libanon wieder in den Mittelpunkt des internationalen Interesses gelangt, da er mit dem Strom syrischer Flüchtlinge konfrontiert wurde. FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky reiste zusammen mit der Nahost-Expertin Karin Kneissl in den Libanon, um sich selbst ein Bild über die Stimmung dort und über die Lage in den Flüchtlingslagern zu machen.

Ziel war nicht nur, den Effekt der Flüchtlingskrise auf den Libanon und Europa zu beleuchten, sondern nach geeigneten Antworten zu suchen, um den Menschen, die vor dem Krieg geflüchtet sind, direkt Hilfe zukommen zu lassen. Vor allem soll den Menschen nach Beendigung des Krieges eine rasche Rückkehr ermöglicht werden.

### Syrien-Konflikt ist lösbar

Der erste Termin führte in die österreichische Botschaft zu einem Briefing über die momentane Situation im Libanon und in Syrien, dem ein Treffen mit dem libanesischen Abgeordneten Mohamed Kabbani, dem Präsidenten der österreichisch-libanesischen Freundschaftsgruppe, folgte.

Der Nachmittag und Abend wurde ganz den zivilgesellschaftlichen Aspekten der Reise gewidmet, indem die Delegation Rechtsanwälte und Universitätsprofessoren traf. Was die momentane Krise im Nahen Osten angeht, herrschten bei den Gesprächspartnern gemischte

Gefühle. Zwar bereitet ihnen der radikale Islamismus große Sorgen, dennoch glauben viele, dass der Krieg in Syrien kein unlösbarer Konflikt sei, wie er in westlichen Medien dargestellt wird.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen des Treffens beim ehemaligen libanesischen Präsidenten Amin



Gleiche Sprache, gleiche Kultur. Keine Unterricht machten Harald Vilimsky und Karin Kneissl.

# Hilfe im Libanon Flüchtlinge nach Europa Lokalaugechein im Nachbarland Syriens



Flüchtlinge in den Nachbarländern Libanon und Jordanien. Daher versuchen sie zu gelangen, in der Hoffnung auf ein besseres Leben.

Gemayel in der Stadt Bikfaya. Gemayel schilderte die Situation der Christen im Nahen Osten. Nach dem Empfang wurde der Nachmittag für einen Besuch in einer UNICEF-Schule genutzt, in der syrische und libanesische Kinder zusammen den Unterricht besuchen. Der Direktor der Schule meinte, dass die Integration der syrischen Kinder hier einfacher als in Europa sei, da die Kinder auf Arabisch unterrichtet werden können. Was vor allem auffiel, war, dass ein beträchtlicher Teil der Mädchen nicht verschleiert war und dass die meisten

Kinder sich eine Rückkehr nach Syrien nicht vorstellen konnten.

## Ihr Ziel ist ganz klar Europa

Der letzte Tag des Lokalaugecheins führte in den Südlibanon, den Israel lange besetzt hielt und wo die schiitische Miliz Hisbollah stark vertreten ist. Auf dem Programm stand die Besichtigung zweier Flüchtlingslager. Das palästinensische Lager, welches von der UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten) verwaltet wird, wirkte wie eine Stadt mit eigenen Sicherheitsleuten, Altersheim und Schulen. Das syrische Flüchtlingslager dagegen, welches vom UNHCR verwaltet wird, wirkte eher bescheiden.

Der Tenor, den die Delegation in einem provisorisch errichteten Zelt von den Flüchtlingen zu hören bekam, war, dass sie nach Europa möchten. Auf die Frage warum, kam prompt die Antwort: Freiheit und Geld. Vilimskys Resümee: „Die Flüchtlingsproblematik kann nur in der Region gelöst werden, indem man den Menschen auch durch Hilfe und Zeichen des Aufbaus wieder Hoffnung auf eine bessere Zukunft gibt. Diese bessere Zukunft liegt für diese Menschen sicher nicht in Europa!“



Integrationshindernisse beim Schulbesuch von Karin Kneissl im Libanon aus.

## KURZ UND BÜNDIG



### Spanien hat eine Regierung

Seit Dezember des Vorjahres und einer nachfolgenden Wahl im Juni war es nicht gelungen, im spanischen Parlament eine Mehrheit für eine Regierungskoalition zu finden. Spaniens König Felipe VI. hat jetzt den amtierenden konservativen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy (Bild) erneut mit der Bildung einer Regierung beauftragt. Am vergangenen Sonntag hatte das sogenannte Bundeskomitee der oppositionellen Sozialisten (PSOE) entschieden, durch eine Stimmenthaltung im Parlament Rajoy die Bildung einer Minderheitsregierung zu ermöglichen. Dadurch soll die knapp ein Jahr währende politische Blockade in Spanien beendet werden.

### Türken suchen Asyl in Berlin

Nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei haben 35 Personen mit türkischen Diplomatpässen in Deutschland Asyl beantragt. Dies geht aus der Beantwortung einer Anfrage an das deutsche Innenministerium hervor. Bei den Asyl-Antragszahlen insgesamt sei, so das Ministerium, „keine signifikante Entwicklung der Fallzahlen aus der Türkei“ seit dem gescheiterten Putsch feststellbar. Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zufolge wurden aber von Januar bis September bereits 3.793 Asylanträge von Türken registriert. Das sind mehr als doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2015.



## CETA: EU-Parlament will mehr Macht für Brüssel

Ausgerechnet an Belgiens föderaler Staatsordnung könnte das Brüsseler Prestigeprojekt CETA, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, scheitern. Die Regionalregierungen Walloniens und Brüssels hatten am Montag ihr Veto gegen das Abkommen mit Kanada bekräftigt.

Dennoch haben EU-Ratspräsident Donald Tusk und der kanadische Premier Justin Trudeau den Termin des EU-Kanda-Gipfels für diesen Donnerstag bestätigt und eine „Intensivierung der Gespräche“ mit den CETA-Gegnern angekündigt. In der Nachrichtensendung des deutschen ZDF wurde bereits von einem vorgezogenen Autobahnbau in Wallonien als Anreizargument für die widerspenstige Regionalregierung berichtet.

Im EU-Parlament, das CETA durchgewunken hat, haben nicht nur konservative Politiker, sondern auch Sozialisten gegen die wallonische Linksregierung mobil gemacht. Der Vorsitzende der

konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber, sprach sich dafür aus, den Einfluss der Mitgliedstaaten auf bestimmten Feldern, etwa der Handelspolitik, zu beschneiden. Ihm pflichtete der SPD-Handelsexperte Bernd Lange bei. „Wir brauchen eine klare Kompetenzverteilung zwischen der europäischen Ebene und den Nationalstaaten“, erklärte er und fügte hinzu, dass Nationalismus „im geeinten Europa“ keine Chance mehr haben dürfe.



Belgien blockiert CETA-Vertrag.

## TERMINE

**NOVEMBER**  
**2** **Stammtisch der FPÖ Simmering**

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 2. November 2016, zu ihrem Stammtisch ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Referent: LAbg. Michael Stumpf. Beginn: 19.00 Uhr.

**NOVEMBER**  
**9** **Stammtisch der FPÖ Ottakring**

Die FPÖ Ottakring lädt am Mittwoch, dem 9. November 2016, zum Stammtisch in der „Ottakringer Stub'n“ (Ottakringer Straße 152, 1160 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

**NOVEMBER**  
**10** **Theaterabend des Klub Austria Superior**

Der oberösterreichische Klub Austria Superior (KLAUS) lädt am Donnerstag, dem 10. November 2016, zum Besuch der Komödie „Die Kakusblüte“ ins Linzer Kellertheater (Hauptplatz 21, 4020 Linz) ein. Kartenpreis: 25 Euro. Beginn: 19.30 Uhr. Telefonische Voranmeldung bei Sabrina Berndt unter: 0699/179 78 179.

**NOVEMBER**  
**14** **Kulturnachmittag FPÖ Rudolfsheim**

Die FPÖ Rudolfsheim lädt am Montag, dem 14. November 2016, zu ihrem Kulturnachmittag in ihr Bezirksparteilokal (Reindorfstraße 7, 1150 Wien). Beginn: 15.00 Uhr.

**NOVEMBER**  
**15** **Seniorenstammtisch der FPÖ Simmering**

Die FPÖ Simmering lädt am Dienstag, dem 15. November 2016, zu ihrem „Seniorenstammtisch“ ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Es referiert FPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreterin Katharina Krammer. Beginn: 15.00 Uhr.

**NOVEMBER**  
**16** **Stammtisch der FPÖ Landstraße**

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 16. November 2016, zu ihrem Stammtisch ins Bezirksparteilokal (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien). Beginn: 19.30 Uhr.

# LESER AM WORT

## Nur eine Galgenfrist

Der letzte EU-Gipfel in Brüssel ist ohne Einigung zu CETA zu Ende gegangen. Die französischsprachige belgische Region Wallonien verweigert weiter die Zustimmung. Der Widerstand Belgiens ist also im ersten Moment Musik in den Ohren leidgeprüfter europäischer Bürger. Tatsächlich verschafft er uns aber nur eine Atempause samt Galgenfrist bis zum EU-Kanada-Gipfel am 27. Oktober. Was den Freihandelsvertrag CETA betrifft, halte ich es für erschütternd, dass mit all den Qualitätsnachteilen für uns Bürger anscheinend keine Regierung Europas mehr ein Problem zu haben scheint. Eine traurige Tatsache, die wieder einmal alles sagt.

**Christian Stafflinger, Linz**



Foto: Franz M. Haas

## Nun kommt die Wahrheit

Allmählich kommt die Wahrheit ans Tageslicht. Jetzt gibt man zu, dass kaum ein abgelehnter Asylwerber abgeschoben wird, weil die Politik die Voraussetzungen dafür

versäumt hat. Jetzt gibt man zu, dass viele Migranten jede Integration verweigern. Die Kriminalität muss wohl nicht erwähnt werden. Unsere Regierung beschäftigt sich lieber mit dem Abbruch von Hitlers Geburtshaus als mit den brennenden Problemen, unter denen wir Bürger leiden.

**Stephan Pestitschek, Strasshof**

## Wertevermittlung

Was lässt sich diese Regierung noch alles einfallen, um den Migranten „unsere Werte“ zu vermitteln? Wir sind bereits seit Jahren im Begriff, unsere Werte und unsere Lebensweise zu opfern. Da werden Kreuze aus Schulen entfernt, Weihnachtsfeiern umbenannt oder das Christkind verbannt. Und unsere Kirche schweigt dazu. Dank der „weltoffenen“ SPÖ und den ach so „guten Beratern“ der grünen Ausländerpartei passen wir uns ständig den uns aufgezwungenen „Besatzern“ an. Ja, wie blöd muss man denn noch sein?

**Cora Katzenberger (per E-Mail)**

## Ein schlechter Witz

Der Jubel über das erstellte Budget ist gelinde gesagt ein schlechter Witz, da die Haftungen und Kosten für den ESM sowie die jährlichen Milliardenkosten für das Asylwesen in Nebenhaushalten geführt werden und zur Berechnung nicht

mit einfließen. Im Volksmund nennt man das Bilanzfälschung, und es erweckt den Eindruck, dass hier nicht Volksvertreter am Werk sind, sondern rumänische Hüchenspieler! Oder anders ausgedrückt: Ein Budget mit einem Hauch Griechenlands, dessen Jubel darüber vermuten lässt, dass in den Hinterzimmern dieser Bundesregierung nun alle einen Sirtaki tanzen!

**Stefan Scharl, Klosterneuburg**



Foto: BKA/Ansgar Wenzel

## Neuer Stil?

Monatlang sind Politiker gegen das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada Sturm gelaufen. Nun fällt Kern dem Koalitionspartner zuliebe auf die Knie und stimmt dem undurchsichtigen Papiertiger zu. Warum hat er dann seine Leute fragen lassen, wenn es sowieso nichts zählt? Wenn das der neue Stil von Kern sein soll, sehe ich bald nur mehr blau.

**Christian Deutinger, Kematen**

Leserbriefe: [redaktion.nfz@fpoe.at](mailto:redaktion.nfz@fpoe.at)

Neue  
**Freie**  
 Zeitung

## BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
 Tel: 01 512 35 35 - 29, Fax: 01 512 35 35 - 9  
 E-Mail: [jana.feilmayr@fpoe.at](mailto:jana.feilmayr@fpoe.at)

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,-     
  Jahrespreis € 30,-     
  Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-  
 Auslandsjahresbezug € 73,-     
  Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
 Bestellungen auch per E-Mail: [jana.feilmayr@fpoe.at](mailto:jana.feilmayr@fpoe.at)

Name: \_\_\_\_\_ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe\*: \_\_\_\_\_  
 (Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: \_\_\_\_\_  
 (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: \_\_\_\_\_ Geburtsdatum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt\*\*.

\* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

\*\* Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



# Wegen Personalmangels wandert nächste Firma ab

Unvermögen der rot-grünen Stadtregierung zeigt sich immer deutlicher

**R**ekordarbeitslosigkeit in der Bundeshauptstadt, und dennoch wandern Firmen ab. FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus fordert Maßnahmen zur Standortattraktivität, für Investitionen und Gebührensenkungen für Betriebe.

Es sei leichter, in den Bundesländern qualifiziertes Personal zu finden. So begründete der Geschäftsführer des Wiener Fenster- und Türenherstellers Hrachowina die Abwanderung des Unternehmens ins benachbarte Niederösterreich. „Die Firma Hrachowina ist nicht das einzige und sicher auch nicht das letzte Unternehmen, das diesen Missstand erkannt hat“, kommentierte Gudenus die Abwanderungsentscheidung.

Er erinnerte daran, dass renommierte internationale Studien und Wirtschaftsagenturen schon lange davor warnen, dass es am Wiener



Gudenus fordert Maßnahmen zur Verbesserung des Standortes Wien.

Arbeitsmarkt zu wenig qualifiziertes Personal gebe.

## Refugees hui, Wirtschaft pfui!

„Nicht zuletzt sind die überbordenden Kosten der Willkommenskultur von SPÖ und Grünen daran schuld“, erklärte Gudenus. Während Millionen in die Mindestsicherung gebuttert werden müssen, fehle das Geld im Bildungs- und Weiterbildungsbereich der Stadt

Wien. Zusätzlich sorgten Bürokratie, gestiegene Gebühren und Steuern auch noch dafür, dass Unternehmen die Bundeshauptstadt meiden. „Während die rot-grüne Stadtregierung sich in der Rolle des großzügigen Weltsozialamtes gefällt, entzieht sie mit der Finanzierung dieses migrationspolitischen Albtraums der Wirtschaft sukzessive den Boden“, kritisierte der FPÖ-Vizebürgermeister.

# FPÖ droht mit U-Ausschuss zu KH Nord

Die Wiener Freiheitlichen werden noch die Vorlage des Rechnungshofberichtes zum Krankenhaus Nord abwarten. Sollte dieser das bereits bekannt gewordene Mismanagement bestätigen und die SPÖ Wien reagieren wie bisher, nämlich gar nicht, dann werde die FPÖ ihre neuer Stärke im Rathaus nutzen und einen Untersuchungsausschuss beantragen, kündigte FPÖ-Klubobmann Domink Nepp an: „Wenn nicht reagiert wird, wenn es keine personellen Konsequenzen in der Stadtregierung und beim Krankenhausverbund (KAV) gibt, wird das die Konsequenz sein!“

Personelle Konsequenzen bedeute natürlich Rücktritte, und zwar

den von SPÖ-Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely sowie den des KAV-Generaldirektors Udo Janßen. „Wenn das Debakel und Milliardengrab wie erwartet bestätigt wird, erwarten wir, dass SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl seine schützende Hand von den beiden abzieht und sie entlässt“, betonte Nepp.

Spätestens im Mai des kommenden Jahres soll der Bericht des Rechnungshofes zu diesem „AKH 2“ vorliegen. Bis zum Start des U-Ausschusses möchte die FPÖ aber noch eine Reform der Verfahrensordnung nach dem Vorbild des Bundes erreichen: SPÖ und Grüne sollten keine Möglichkeit haben, die Ausschussarbeit zu behindern.



FPÖ will Verantwortliche für Milliardengrab KH Nord ermitteln.

## WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Nein, ich zähl' sie nicht auf, die Anti-Hofer-Individuen. So viel der Ehr' haben sie nicht verdient.

Aber anschau'n tu ich sie mir schon gern. Und zwar in jenem Sinn, den ich noch von meiner Schulzeit her in Erinnerung hab.

## Keiferei

Unser Chemie-Professor in der Hagenmüllergasse hat uns nämlich erzählt, dass er immer, wenn seine Mutter besonders böß auf ihn geschimpft hat, ihr einen Spiegel vorgehalten hat. Probieren Sie das. Das garstige Gesicht, das der Zeternde da auf einmal von sich selber zu sehen bekommt, nimmt ihm jegliche Fähigkeit, weiterzukeppeln.

Ja, garschtig sind sie, die Herrschaften, und erfinderisch zuzeln sie sich sogenannte Fakten aus den Fingern, die phantastischer nicht sein können.

Und jetzt sag ich ja doch einen Namen. Der Ex-EU-Kommissionspräsident Barroso hat Norbert Hofer – bitte genau lesen: - Islamophobie, Homophobie und Antisemitismus vorgeworfen. Einfach so. Als ob ich wütend auf der Kärntnerstraße zu einem mir völlig unbekanntem Mann sagte: Se san a Sau.

Der würde mir vermutlich eine pantschen. Das kann ein Politiker nicht. Und Spiegel hatte Norbert Hofer leider zu diesem Zeitpunkt auch keinen zur Hand.

Schade.

SALZBURG **Verkehrschao stoppen**

Die Lösungsansätze der Stadt Salzburg zur Verkehrsentslastung sind aus freiheitlicher Sicht nicht nachhaltig. „Das Ergebnis war, dass der Verkehr zugenommen hat und deshalb mehr Autos auf den Straßen sind!“, kritisierte FPÖ-Klubobmann Andreas Reindl. Das FPÖ-Verkehrskonzept liegt bereits seit Jahren vor: Ausbau von kostenlosen „Park & Ride“-Parkplätzen für Pendler, die Mautbefreiung der Salzburger Stadtautobahn, die Erweiterung der Kernzone für den Stadtbuss sowie eine Herabsetzung der Fahrpreise für Bus und Bahn.

STEIERMARK **FA-Generalsekretär**

In der jüngsten Bundesvorstandssitzung der Freiheitlichen Arbeitnehmer in der Steiermark wurde Harald Korschelt einstimmig zum ehrenamtlichen FA-Generalsekretär gewählt. Landesparteiobmann Mario Kunasek gratulierte und betonte die Wichtigkeit einer starken Arbeitervertretung innerhalb der freiheitlichen Familie.



Foto: FA Steiermark

TIROL **Brüsseler Bürgerstreich**

Die Tiroler Freiheitlichen üben Kritik an der Polit-Posse um die EU-Waffenrichtlinie. Sie zeige, wie weltfremd die EU teilweise agiert. „Ein derartiger Schwachsinn kann nur Bürokraten in Brüssel einfallen. Terroristen erwerben ihre Waffen kaum auf offiziellem Wege und tragen sie dann im zentralen Waffenregister ein. Die Verschärfung des Waffengesetzes trifft somit die falsche Zielgruppe“, erklärte FPÖ-Bezirksparteiobmann Edi Rieger. Er verwies zudem darauf, dass die FPÖ versuchen werde, dieser Richtlinie auf allen politischen Ebenen entgegenzuwirken. Zudem fordert die FPÖ eine Aufklärungskampagne über Selbstverteidigungsmöglichkeiten der Bürger. „Hier geht es weder um Panikmache noch um Schwarzmalerei, denn es müssen jetzt schnellstens Taten folgen“, so Rieger.

**Freiheitliche fordern die Reform des Minderheitenschulwesens**

Nur noch 30 Prozent der angemeldeten Schüler sprechen Slowenisch

**Die FPÖ forderte die Reform des Minderheitenschulwesens nach Vorbild des Burgenlandes und die Überprüfung der slowenischen Sprachkompetenz.**

Die Kärntner Freiheitlichen forderten eine Reform des Minderheitenschulwesens in Kärnten nach dem Vorbild im Burgenland, da sich die Sprachkenntnisse der zum zweisprachigen Unterricht angemeldeten Schüler in Kärnten sehr stark verändert haben.

KÄRNTEN 

Foto: RK

FPÖ fordert Evaluierung der Sprachkompetenz an Minderheitenschulen.

unterrichtet. „Schüler, die in der ersten Schulstufe keine Slowenischkenntnisse besitzen, wären klassenübergreifend zu unterrichten und bräuchten keine Teamlehrer mehr“, betonte Lobnig. Zudem forderte die FPÖ eine standardisier-

te Überprüfung der slowenischen Sprachkompetenz nach Vorbild der Überprüfung in Mathematik oder Deutsch. Eine Evaluierung sei von der Landesschulinspektorin zwar angekündigt, jedoch nie durchgeführt worden.

OBERÖSTERREICH **Ein Jahr Schwarz-Blau**

Seit einem Jahr besteht in Oberösterreich das Arbeitsabkommen zwischen FPÖ und ÖVP. Vergangenen Mittwoch wurde im Zuge einer Pressekonferenz die positive Bilanz daraus gezogen, da sich in dieser Zeit die politische Landschaft stark zum Positiven veränderte.



Foto: FPÖ Oberösterreich

Ein erfolgreiches Jahr für Manfred Haimbuchner und Josef Pühringer.

Innerhalb eines Jahres konnten mehrere Reformen umgesetzt werden. So etwa die Kürzung der Mindestsicherung von Asylwerbern, die Verlängerung der Straßenbahn nach Traun oder eine transparentere Finanzpolitik – gerade im Bereich der Sozialpolitik und der Förderungen.

„In diesem Sinne wurden Gemeinsamkeiten erarbeitet und Lösungen gefunden, die im Arbeitsabkommen niedergeschrieben wurden. Die ersten Schritte sind getan und die nächsten werden folgen“, sagte FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner, der die gemeinsame Politik als „die Kunst des Möglichen“ bezeichnete. Das Ziel bei der Zusammenarbeit mit der ÖVP sei dabei klar: „Es geht darum, unsere Heimat zu sichern. Wir können auf die Zusammenarbeit stolz sein, gemeinsam arbeiten wir für unsere Heimat, und die Zustimmung in der Bevölkerung ist sehr groß.“

BURGENLAND 

Foto: FPÖ Burgenland

**Keine Statistiken zu Asylzahlen**

FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz kritisierte in einer Pressekonferenz die fehlenden Statistiken zu den Asylzahlen. Laut ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka werden dazu keine Statistiken geführt. „Das muss man sich einmal vorstellen. Und das traut sich ein Innenminister? Das ist eines Ministers nicht würdig“, so Tschürtz. Er kritisierte auch das „Gemeinsam sicher“-Projekt des Innenministeriums und verwies dabei auf sein erfolgreiches Sicherheitspaket mit Sicherheitspartnern, die derzeit in neun Pilotgemeinden im Einsatz sind.

VORARLBERG 

Vorarlbergs Freiheitliche wollen nicht länger zuwarten, sondern drängen auf eine Reform der Mindestsicherung.

# FPÖ: Mut zur Anpassung unserer Sozialsysteme

## Folgen der Massenzuwanderung bedrohen die nachhaltige Sicherung

**In einem offenen Brief mahnen Vorarlbergs Freiheitliche von ÖVP-Landeshauptmann Markus Wallner Vorsorgemaßnahmen im Landesbudget 2017 ein.**

Vor dem Hintergrund der jüngsten Migrations- und Flüchtlingsströme laufen dem Land die Kosten davon, vor allem in der Mindestsicherung. Im Gespräch mit den Fraktionsobleuten habe Wallner gemeint, dass die Lösung des Problems darin liege, Asylberechtigte so schnell wie möglich am Arbeitsmarkt unterzubringen.

Dem sei aber nicht so, kritisiert

die FPÖ-Landtagsfraktion unter Verweis auf die Unterlagen der letzten Landeshauptleutekonferenz. Laut Protokoll habe Wallner dort sehr offen angesprochen, dass bei Asylberechtigten die Gefahr bestehe, dass sie dauerhaft in der Mindestsicherung bleiben würden.

### Reform der Mindestsicherung

Daher beklagt die FPÖ, dass der Landesregierung in letzter Konsequenz aber der Mut zur Anpassung der Sozialsysteme fehle. „Hier gilt es, klar Position zu beziehen und die Einführung differenzierter Leistungen ebenso umzusetzen wie eine

Deckelung unter besonderer Berücksichtigung unterschiedlicher Wohnkosten in den Bundesländern“, betont die Vorarlberger FPÖ in ihrem offenen Brief. Denn die Vorarlberger verstünden es nicht, dass jemand, der noch nie einen Beitrag für das Sozialsystem geleistet habe, dieselben Leistungen beziehen könne wie jemand, der über Jahre Beiträge bezahlt habe.

Vor dem Hintergrund der angespannten Gemeindefinanzen bleibe auch die FPÖ-Forderung nach einer Reform der Landesumlage und einer Neuaufstellung des Gemeindeförderungswesens aufrecht.

## Anti-Terror-Paket der FPÖ

Im Zuge der unverantwortlichen Masseneinwanderung wurden unzählige IS-Terroristen nach Europa und somit auch nach Österreich geschleust. Die Folgen: zahlreiche Terroranschläge mit mehr als 250 Todesopfern. Im Niederösterreichischen Landtag forderte die FPÖ daher ein Anti-Terror-Paket.

Ein Teil der Forderungen, wie die personelle Aufstockung von Polizei und Geheimdiensten oder die Einführung von Grenzkontrollen, wurde bereits durchgesetzt. Der andere Teil des Pakets sei je-

doch noch offen. Hier fordern die Freiheitlichen Anti-Terror-Kurse für Bürger, die Überprüfung aller Jugendlichen, die zum Islam konvertieren, die umfassende Überwachung von islamistischen Vereinen, Moscheen und terrorverdächtigen Personen sowie das Verbot von Koranverteilungen.

„Die ÖVP ist anscheinend nicht bereit, in die umfassende Sicherheit unserer Bürger zu investieren“, kommentierte FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl die Ablehnung des Antrages durch die ÖVP.

NIEDERÖSTERREICH 

Offene Grenzen für alle. Auch für unzählige IS-Terroristen.



Reinhard E. Bösch

FPÖ-Landesparteiobmann Vorarlberg

Nachdem sich die Bundesregierung nicht einigen konnte und die längst überfällige Reform der Mindestsicherung einmal mehr gescheitert ist, muss es endlich eine eigenständige Lösung für Vorarlberg geben.

### Handeln statt warten

ÖVP-Landeshauptmann Markus Wallner kann nicht weiter einfach die Hände in den Schoß legen und auf eine bundesweite Reform hoffen, die sowieso nie kommt. Vielmehr muss er endlich Farbe bekennen und das Ruder selbst in die Hand nehmen. Alles andere ist in hohem Maße verantwortungslos.

Andere Bundesländer sind in dieser Sache bereits aktiv geworden und haben Änderungen beschlossen – wie etwa Oberösterreich mit blauer Regierungsbeihilfe – oder sind kurz davor. Und während Vorarlberg mit der grünen Soziallandesrätin Kürzungen für Asylberechtigte ausschließt, sehen die Reformen in diesen Bundesländern sehr wohl eine geringere Mindestsicherung für Asylberechtigte gegenüber anderen Beziehern vor. Für die Vorarlberger Freiheitlichen sind das vorbildhafte Modelle. Es ist höchste Zeit, auch in Vorarlberg endlich „Nägel mit Köpfen“ zu machen und für Gerechtigkeit zu sorgen.

So wird die Reform der Mindestsicherung eine neuerliche Bewährungsprobe für Landeshauptmann Wallner. Es wird sich nun zeigen, ob er sich einmal mehr vernünftigen Vorschlägen, die im Interesse des Landes und der Vorarlberger Bevölkerung liegen, verweigert, nur um den Koalitionsfrieden mit den Grünen zu wahren. Wir Freiheitlichen stehen jedenfalls für eine Reform bereit.

GEZWITSCHER



Jakob Arnim-Ellissen

@jaae



Grüne Fraktionschefin im EU-Parlament tritt wegen EU-Skepsis der eigenen Fraktion ab. #CETA

23.10.16 00:20

Das schöne Leben im Brüsseler Establishment gefährdet jetzt im CETA-Trubel sogar die ideologisch gefestigten GrünInnen.

Rudi FuBi

@rudifussi

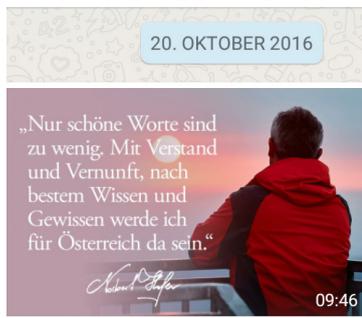


Gott hat ja versprochen Lahmende wieder gehen zu lassen. „Overpromise and underdeliver“ ist nun auf Wahlplakaten angekommen.

21.10.16 06:31

Die linke Intelligenzija stört sich an den neuen Hofer-Plakaten und teilt das auf die ihr eigene „Hass-Posting-freie“ Weise mit.

WHATSAPP



GEFÄLLT MIR



HC Strache

21.04.2015

Wir müssen endlich aufwachen. Mit der Völkerwanderung drohen Religionskriege!



Friedrich Ortner: "Wir müssen aufwachen!" In seinem neuen Buch zeichnet ORF-Reporterlegenden Friedrich Ortner eine düstere Zukunft für Europa und warnt vor dessen Zerfall. "Europa ist im..."

2.252 Personen gefällt das.

Der ehemalige Kriegsberichterstatter des ORF, Friedrich Ortner, warnt in seinem neuen Buch vor den möglichen Folgen der muslimischen Massenzuwanderung.

# Meinungsfreiheit gilt nur für die linke Seite des Politspektrums

## „Servus TV“ wird wegen Nichtabsagens einer Sendung attackiert

Die linke „Willkommenskultur-Gesellschaft“ wollte die Absage einer Diskussionssendung erwirken – und scheiterte an einem mutigen Sender.

Das Thema der Diskussionssendung „Talk im Hangar 7“ des Privatsenders „Servus TV“ war jene Studie, die erhöhte Gewaltbereitschaft, Homophobie und Antisemitismus bei großen Teilen junger Muslime in Wien feststellte. Weil auch der Chef der „Identitäten“-Bewegung, Martin Sellner, mitdiskutieren sollte, sagten der Autor der Studie, der Soziologe Kenar Güngör, sowie der Jugendforscher Winfried Moser und der Imam und Religionslehrer Ramazan Demir ihre Teilnahme ab. Ihr Argument: Die Studie sollte nicht



„für rechtspopulistische Propanda“ missbraucht werden.

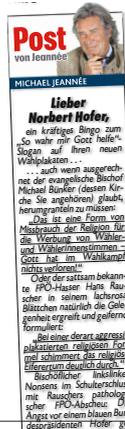
### Aufbruch im sozialen Netzwerk

Dass sie genau deswegen eingeladen wurden, scheinen die drei Herren nicht kapiert zu haben. Aber dafür erhielten sie die volle Unterstützung des linksgrünen „Multikulti“-Lagers unter dem Motto: Wir

diskutieren nicht mit Andersdenkenden. Als dann auch noch der Extremsportler Felix Baumgartner Sellners Aussagen lobte, inszenierte die „Willkommenskultur-Gesellschaft“ einen „Shitstorm“ in den sozialen Medien. Gegen Baumgartner und auch gegen den Sender, weil der partout vor dem linken Mob nicht klein begeben wollte.

## FPÖ IN DEN MEDIEN

„So wahr mir Gott helfe“ – Dieser Zusatz zum Gelöbnis des Präsidenten sorgt auf Norbert Hofers Wahlplakaten für Wirbel. Vom Bischof bis zum Atheisten wird Kritik geübt, die Michael Jeannée in der „Kronen Zeitung“ so kommentiert: „Bischöflicher linkslinker Nonsens im Schulterchluss mit Rauschers



Schw... Wann... te... Hei... ze... Deu... wird... sh... tritt... im... gan... Das... ter... des... Freit...g... mon... K...n... alle... A... las... in... der... Ni... In diesen

pathologischer FPÖ-Abscheu: Die Angst vor einem blauen Bundespräsidenten Hofer gebiert halt die seltsamsten Allianzen.

Durchsicht wurde der Versuch der „Oberösterreichischen Nachrichten“, Hofer



Haimbuchner und Haimbuchner: "So wahr mir Gott helfe" (Bildkompositum: Wochenblick)

als christlichen Einzelgänger in der FPÖ hinzustellen. Die Behauptung, die FPÖ-Landesregierungsmitglieder hätten bei ihrer Angelobung auf Gott verzichtet, wurde vom „Wochenblick“ widerlegt und in den „OÖN“ still und leise korrigiert.



## Top-Themen der Woche im FPÖ-TV-Magazin:

- Das Recht geht vom Volk aus - Festakt vor dem Nationalfeiertag
- Finale Plakatserie für Norbert Hofer
- NEIN zu CETA - Demonstration in Wien



Christian Schuch



# Budapest: Badekult und Esskultur unter jeder Garantie

## Ungarns Hauptstadt bietet für jeden Geschmack oder Wunsch genau das Richtige

In Budapest, der Hauptstadt Ungarns, ist man sofort gut gelaunt, zumal einen das pulsierende Leben auf Budapests Straßen entsprechend empfängt. Die öffentlichen Verkehrsmittel funktionieren tadellos. Auffällig hoch ist aber die Zahl der Kontrollorgane, was aber niemandem Schreck einjagen soll, denn als EU-Bürger im Pensionsalter kann man alle Metro-Lini-

en, Straßenbahnen und Autobusse gratis benutzen. Daher besonders wichtig: Reisepass oder Personalausweis stets zur Hand haben.

### Erbauung von Körper und Seele

Neben den baulichen Schönheiten ist Budapest in erster Linie dafür bekannt und berühmt, dass die Stadt weltweit die höchste Zahl an Thermalquellen ihr Eigentum nennen kann und daher zu entsprechender Benützung – nicht nur für Genesungssuchende – einlädt. Die einschlägigen Angebote umfassen praktisch alles nur Denkbare, angefangen von der Sauna über das Dampfbad bis hin zu den verschiedenen heißen Becken, deren Temperatur bis zu 42 Grad Celsius reicht.

Ob es sich nun um die beiden bekanntesten, nämlich das Széchenyi-Bad oder das Gellért-Bad handelt, ist dabei völlig egal. Beeindruckend ist in allen Badeanstalten die Architektur, deren Ausmaß die kühnsten Erwartungen übertrifft. Wenn man dazu in Rechnung stellt, daß schon die alten Römer dem Ba-



Thermalbad in kaiserlichem Ambiente: Das Széchenyi in Budapest.

dekult frönten, wird besonders klar, welche – auch wirtschaftliche – Bedeutung diese Badeanstalten für Einheimische und natürlich auch Touristen haben. Ein kurzer Blick in eine beliebige Therme legt Zeugnis dafür ab, welche Lust es sein kann, das vorhandene Potential entsprechend zu nutzen. Und trotz des nicht enden wollenden Zuspruchs ist letztlich für alle „Wasser-Ratten“ Platz genug vorhanden.

Aber der Mensch lebt nicht nur

vom Baden allein. Auch der Hunger oder Appetit muss bisweilen gestillt werden. Und auf diesem Sektor bietet die ungarische Gastronomie wirklich für jeden etwas, reichend von einfachen Menüs bis hin zu ausgefallensten Köstlichkeiten, die natürlich ihren Preis haben, soll heißen, nicht billiger als anderswo sind. Einen Besuch wert ist das „First Strudel House of Pest“, das feine Restaurant „Menza“ oder das „Pest-Buda Bistro“.



Budapest und seine Baudenkmäler sind eine Reise wert.

# Blaue Nacht

## 2016

Ball der **FPO**

Am Samstag, dem 12. November 2016  
Kultur- und Kongresshaus am Dom St. Johann im Pongau  
Beginn 20.00 Uhr, Einlass ab 19.00 Uhr

**Ehrenschutz:**  
HC STRACHE, Bundesparteiobmann  
Marlene Svazek, Landesparteiobfrau

Für gute Unterhaltung sorgen

Rauleder

Große Tombola!

DISCO für Jung & Alt

Vorverkauf: € 10,-  
Abendkasse: € 13,-

**FPO**  
Die Freiheitlichen

Einladung

VORTRAG

der Islam-Expertin

Laila Mirzo

# Der Islam:

friedliche Religion oder gefährliche Ideologie

Montag, 14. November

19:30 Uhr • Laakirchen

Im Kulturzentrum ALFA  
Museumsplatz 1, Steyrermühl

Freier  
Eintritt

FPO

DIE FREIHEITLICHEN LAAKIRCHEN

gemeinsam mit dem Kulturreferat Bezirk Gmunden und Bezirk Vöcklabruck



**FPÖ**  
BILDUNGSINSTITUT

**K** DER  
LIBERALE  
KLUB

Einladung zum Symposium:

**MASSENIMMIGRATION NACH EUROPA:**  
**Politik zwischen Verantwortung  
und Verantwortungslosigkeit**

**Freitag, 18. November 2016, Beginn: 18.30 Uhr**  
(Einlass ab 17.30 Uhr)

Kursalon Hübner, Johannesgasse 33, 1010 Wien

Aufgrund der begrenzten Anzahl an Plätzen ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich,  
richten Sie diese bitte an: [anmeldung-fb@fpoe.at](mailto:anmeldung-fb@fpoe.at) oder 01/512 35 35-36.

ERÖFFNUNG UND MODERATION

**Dr. Peter FICHTENBAUER**  
Volksanwalt, Präsident des Liberalen Klubs

AUF DEM PODIUM

**Dr. Václav KLAUS**, ehemaliger tschechischer  
Staatspräsident (2003 – 2013)  
**Ing. Norbert HOFER**, Dritter Präsident des  
österreichischen Nationalrates,  
Bundespräsidentenskandidat der FPÖ  
**Heinz-Christian STRACHE**, Bundespartei-  
obmann der FPÖ, Obmann des Freiheitlichen  
Parlamentsklubs

Wir weisen darauf hin, dass bei einer großen Anzahl an Teil-  
nehmern nur zusätzliche Plätze mit eingeschränkter Sicht  
zum Podium bereitgestellt werden können.

[www.fpoe-bildungsinstitut.at](http://www.fpoe-bildungsinstitut.at)